

382052

Wohngeldnummer

Zusatzklärung zum Antrag auf Wohngeld

Name, Vorname:

Anschrift:

Ich erkläre hiermit ausdrücklich, dass

ich als Antragsteller	mein Ehegatte	das Kind	das Kind	
Namen:				bitte entsprechend ankreuzen
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	berufstätig bin/ist
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	nicht berufstätig bin/ist
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	Heimarbeit ausübe
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	keine Heimarbeit ausübe
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	gelegentl. Tätigkeit ausübe (Putzstelle Zeitung austragen etc.)

Ich oder einer der Haushaltsangehörigen erhalte(n)

- Kindergeld in Höhe von _____ Euro kein Kindergeld (Kontoauszug beifügen)
 Unterhaltszahlungen in Höhe von _____ Euro für das Kind _____
 (Nachweise bitte beifügen, Urteil, Bescheid Unterhaltsvorschuss, Kopie vom Kontoauszug etc.)
 Erziehungsgeld wird bis zum _____ (Datum) gezahlt (Nachweis beifügen)
 Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung in Höhe von _____ Euro

Zinseinkünfte aus

- Sparguthaben (Kopie vom Sparbuch beifügen)
 Sparverträgen/Bausparguthaben/Wertpapieren
 keine Sparguthaben und Sparverträge

Ein vertraglicher Anspruch auf mietfreie Wohnung bzw. Wohnrecht

- besteht besteht nicht, weder für die eigene Wohnung noch für sonst. Wohnraum.

Besteht ein Verwandtschaftsverhältnis zwischen Mieter und Vermieter? Ja neinWenn ja: Besteht ein getrennter Hausstand? Ja nein

Zusatz für Nicht-EU-Bürger: Mit meiner Unterschrift versichere ich, dass weder für mich als Antragsteller noch für eines der o.a. Familienmitglieder eine Verpflichtungserklärung nach § 68 Aufenthaltsgesetz (AufenthG) abgegeben wurde.

Ich versichere, dass die vorstehenden Angaben richtig und vollständig sind. Verstöße gegen die Mitteilungspflichten sowie unrichtige bzw. unterlassene Angaben im Antragsverfahren, die den Anspruch mindern würden, können als Ordnungswidrigkeit mit einer Geldbuße von bis zu 2000,00 Euro oder als Straftat geahndet werden. Weiterhin habe die wichtigen Hinweise auf der Rückseite des Wohngeldantrages zur Kenntnis genommen.

Datum

Unterschrift